

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

9 (11.1.1918)

ten und die Beziehungen der Balkanstaaten zueinander müssen durch friedlichen Verkehr gemäß den historisch feststehenden Grundlinien von Untertanen, Treue und Rationalität bestimmt sein.

12. Der türkischen Teilen des gegenwärtigen ottomanischen Kaiserreiches mußte unbedingte Selbständigkeit sicher gestellt werden. Aber die anderen Rationalitäten, die unter der türkischen Herrschaft stehen, wollen eine unzweifelhafte Sicherheit für ihre Lebensbedingungen und eine vollkommen unbeeinträchtigte Gelegenheit zur autonomen Entwicklung erhalten.

13. Ein unabhängiger polnischer Staat soll alle Länder, die von einer unzweifelhaften polnischen Bevölkerung beherrscht werden und der einen gesicherten freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein könnte, soll errichtet werden.

14. Es muß eine allgemeine Vereinigung der Nationen mit bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden. Zum Zwecke gegenseitig garantierter Leistungen für die politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen wie der kleinen Nationen. Bezüglich dieser wesentlichen Berücksichtigung von Unrecht und Durchsetzung des Rechts fühlen wir uns mit allen Regierungen und Völkern, die sich gegen die verbündeten Königreiche vereinigt haben, in Gemeinschaft. Wir werden bis zum Ende für die Vereinbarung von Vertragsbedingungen solcher Art zusammenstehen, aber nur, weil wir die Vorherrschaft des Rechts, sowie einen gerechten und dauerhaften Frieden machen wollen, wie er lediglich durch Beilegung der hauptsächlichsten Kriegursachen erzielt werden kann, was durch dieses Programm erreicht wird.

Wir räumen ihm einen Platz der Gerechtigkeit unter den Völkern der Welt ein anstatt einen solchen der Herrschaft. Ebenso nehmen wir uns nicht heraus, irgend eine Abänderung seiner staatlichen Einrichtungen zu verlangen. Aber es ist notwendig, daß wir wissen, für wen seine Unterhändler sprechen, nämlich, ob für die Reichstagsmehrheit oder für die Militärpartei. Ein deutlich erkennbarer Grundzahn zieht sich durch das ganze Programm, das ich umrissen habe. Es ist der Grundzahn der Gerechtigkeit gegenüber allen Völkern und Nationalitäten, im gleichen Fuß der Freiheit und Sicherheit miteinander zu leben, ob sie nun mächtig oder schwach sind.

Das Volk der Vereinigten Staaten kann keinen anderen Grundzahn zulassen und zu seiner Geltendmachung ist es willens, sein Leben, seine Ehre und alles, was es besitzt, einzusetzen. Der sittliche Gipfelpunkt dieses größten und letzten Krieges der menschlichen Freiheit ist erreicht, seine ganze Stärke, sein höchstes Streben, seine Unverletzlichkeit und Umgebung einzusetzen.

Befragnisse der Entente.

22. Zürich, 10. Jan. (Nichtamtlich.) In Paris und London fräpelt die Stelle des Berichtes, den General Crowder an den Konarsh der Vereinten Staaten richtete, in dem er erklärt, Amerika werde in jedem Jahre 700 000 Mann nach Europa senden können. Das sei zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben.

23. Indischer Nationalkongress. Die „Neue Rotterdamer Courant“ berichtet aus englischen Blättern, daß am 26. Dezember in Kalkutta ein indischer Nationalkongress eröffnet worden sei. Es waren 4000 Abgeordnete erschienen und es herrschte große Begeisterung. Minister Ghent, der den Kongress eröffnete, verlangte die sofortige Annahme eines Selbstregierendes durch das englische Parlament, durch das Indien eine Selbstregierung nach australischem Muster gewährt wird.

Ausland.

Begräbnis Bernerstorfers.

22. Wien, 10. Jan. (Nichtamtlich.) Gestern fand unter großer Beteiligung der Wiener Arbeiterklasse das Leichenbegängnis des Vizepräsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses und sozialdemokratischen Abg. Engelbert Bernerstorfer statt. In Vertretung der Regierung nahmen teil die Minister Buzsani, Höfer, Mataja, Goman und Graf Troggenburg. Der Präsident des Abgeordnetenhauses Groß und der sozialdemokratische Abg. Dr. Adler hielten warm empfundene Reden.

Der „Defaitismus“ in Italien.

Ein Rückblick auf die in der Weihnachtswoche abgeschlossene Session der italienischen Kammer rechtfertigt in gewisser Weise das Urteil des „Avanti“, daß Italien nur noch die verschlechterte Auflage eines Werkes bilde, das an sich schon kein Meisterwerk sei: der lateinischen SchwesterNation Frankreich. Eine verschlechterte Auflage deshalb, weil dort wenigstens die Diskussionen von einem Feuer getragen werden, das etwas Reinigendes und Läuterndes habe, weil es in Frankreich ferner etwas wie eine öffentliche Meinung gäbe und auch die umstrittenste Presse keinen Maulkorb trage und die sich gegenüberstehenden Parteivertreter wenigstens konsequent zur Stange hielten.

Nichts von alledem sei in Italien. Hier fehle die Leidenschaft in den Diskussionen und die öffentliche Meinung in Folge des Zensurregiments und alle öffentlich auftretenden Männer seien winzig und nichtig, ohne Mut und ohne eigene Ideen.

In der Tat war das Niveau der Kammerbesprechungen — Beratungen kann man sie kaum nennen — in der letztvergangenen Session ein ganz besonders niedriges. Der zitierte „Avanti“-Artikel läuft ja hauptsächlich darauf hinaus, das Verhalten der in dieser Session zusammengetretenen Blockparteien zu kritisieren, der Unionsparlamentare und des „Fascio di Difesa Nazionale“. Die letztere zur „nationalen Verteidigung“ im Verlauf der Geheimtätigkeit gegründete Vereinigung stellte sich in erster Linie die Aufgabe, die erstere von Giolitti geführte und einem Verständigungsfrieden nicht abholden Vereinigung, die, auch nach französischem Muster „Defaitisten“ d. h. Niederlagenanhänger genannt wurden, zu bekämpfen. Allgemein wurde prophezeit, daß es diemal mit dem Burgfrieden gründlich vorbei sei und ein Kampf einsetzen werde, der unüberbrückbare Klüfte aufreißt. Daß die Unionisten schließlich in der zu einer großen Kriegswillensdemonstration aufgemachten Schlusssitzung geschlossen für die Kriegspolitik der Regierung stimmten, soll auf Giolittis Wunsch zurückzuführen sein, der mangels einer dem Volk zu bietenden Garantie für einen baldigen Frieden keinen anderen Ausweg sah. Für die von Sonnino geleitete kriegsbegeisterte Blockgruppe des „Fascio“ zunächst ein beträchtlicher Erfolg. Immerhin darf die Entscheidung nur als hinausgeschoben, die Krise zu einer schleichenen geworden angesehen werden.

Aber zu den Defaitisten hat der Abgeordnete Pietraballe, der diesen Ausdruck in der Kammer einführte, auch die Sozialisten gezählt. Wenn „Avanti“ den Kampf zwischen Defaitisten und ihren Gegnern winzig und nichtig nannte, so ist auch die eigene Aktion der Sozialisten nicht von größerem Kaliber gewesen. Ihre einzige Hauptfrage war die Verteidigung gegen den Vorwurf des Defaitismus, d. h. die Ablehnung der Verantwortung für die Niederlage. Die sozialistischen Redner Venturi, Turati und Morgani wie die zahlreichen Zwischenrufer, die fast mehr Zeit in Anspruch nahmen, als die Kammerreden, betonten unaufhörlich daselbst: daß die Niederlage Italiens rein militärische Gründe gehabt hätte und Cadorna allein dafür verantwortlich sei. Sie verteidigten die Soldaten so energisch gegen den Vorwurf mangelnden Widerstandswillens und die Partei gegen die Anklage, diese Stimmung verschuldet zu haben, daß darüber die Aktion für den Frieden gänzlich unwirksam wurde. Morgani sprach zwar selbstverständlich für seine Tagesordnung, die einen sofortigen Waffenstillstand aller kriegführenden Staaten forderte. Aber seine weitläufige Rede fand wenig Zuhörer und schließlich wurde sie einfach durch unendliche Zwischenreden beendet. Was er vorbrachte, waren nur allgemeine Redensarten, aber keinerlei positive Vorschläge. So blieb auch von dieser Aktion der fürchterliche Nullpunkt, der sie über weite Strecken begleitete, die einzige, aber eben auch „neinliche und nichtige“ Wirkung.

Aus der Partei.

24. Sozialdemokratischer Reichstagskandidat in Niederbarnim. Die offiziellen „Mitteilungen“ der sozialdemokratischen Partei-

ganisation für Groß-Berlin bestätigen nunmehr, daß die Sozialdemokratie sich in Niederbarnim an der Reichstagswahl beteiligen wird. Als Reichstagskandidat wird der Arbeiterführer Rudolf Wiffel, ein früherer Metallarbeiter, der seit Jahren als hervorragender sozialpolitischer Sachverständiger gilt und auf dem Bürgerparteitag das Referat über Sozialpolitik hatte, im Vorschlag gebracht.

Deutsches Reich.

Erstarkung der Unternehmerorganisationen.

Bezeichnend für die organisatorische Erstarkung der Unternehmerorganisationen selbst in der Kriegszeit sind die Vorgänge in der Brauindustrie. Nach dem Tätigkeitsbericht des Deutschen Brauer-Bundes (Unternehmerverbandes) sind dem Bund im Geschäftsjahr 1916/17 noch 231 einzelne Brauereien beigetreten; über 100 Brauereibünde gehören ihm als korporative Vereine an. So ist die Tatsache festzustellen, daß der Brauer-Bund das gesamte Braugewerbe, vom größten bis zum kleinsten Betriebe, mit den Hunderttausenden in ihm schaffenden Männern und den ihm arbeitenden nationalen Werte im Betrage von 3-4 Millionen Mark vertritt. Mit dieser vollen, restlosen Umfassung der Gesamtheit eines größten deutschen Industriezweiges steht der Deutsche Brauer-Bund einzig da im deutschen Wirtschaftsleben.

Die Zahl der Angestellten des Bundes stieg infolge der ausgedehnten kriegswirtschaftlichen Tätigkeit von 16 am Anfang des Krieges auf 104 Mitte Oktober 1917. Der Bund hat durch seinen Anschluß an den Bund der Industriellen sich einen starken Rückhalt geschaffen; er verlangt auch eine Vertretung im „Deutschen Industrieausschuss“, um namentlich für die Uebergangsszeit und für die weitere Gestaltung der Produktions- und Handelsbedingungen die Interessen des Braugewerbes wahren zu können.

Natürlich wird die so starke Unternehmerorganisation auch bei zukünftigen Lohnfragen ihr gewichtiges Wort mitreden wollen. Anzeichen dafür sind schon vorhanden. In Verhandlungen des Bundes ist schon darauf hingewiesen worden, daß die von den Arbeiterorganisationen angeforderten Lohnhöhungen erste Aufmerksamkeit erfordern. Die Lohnfrage solle an einer Zentralstelle, im Vorkontrollverband für Brauereien, bearbeitet werden. Die Unternehmer halten die während der Kriegszeit zu bewilligten Lohnhöhungen nur für vorübergehend; sie hoffen auf eine Preislenkung der meisten für den Lebensunterhalt notwendigen Gegenstände, und denken damit sicher auch eine Kürzung der Löhne vornehmen zu können. Wie weit diese Hoffnungen sich erfüllen werden, steht noch sehr dahin. Denfalls haben die Arbeiter — und zwar nicht nur in diesem Gewerbe, sondern in allen Industrien — ein großes Interesse daran, für eine Stärkung ihrer Organisationen sehr bedacht zu sein und nicht etwa, schlechten Beispielen folgend, durch organisatorische Bepflüchtungen ihre wirtschaftliche Kraft zu schwächen.

Allgemeine politische Aussprache.

Zweite Kammer, 7. Öffentliche Sitzung.

Karlruhe, 10. Jan.

Die Allgemeine politische Aussprache wird heute vormittag fortgesetzt.

Abg. Kolb (Soz.):

Der Finanzminister hat die höchsten Finanzen ausgiebig bezeichnet. Wir dürfen aber nicht außer Acht lassen, daß nach dem Kriege an unseren Staat ganz außerordentliche Anforderungen gestellt werden. — Der Abg. Schöfer hat gestern den Finanzminister gelobt, weil er keine „Oberbürgermeisterpolitik“ getrieben habe. Ich meine, daß wenn der Staat einen ähnlichen Weg beschritte, hätte, wie die Städte, wenn er auch Schulden gemacht hätte für werdende Anlagen, in mandem wir besser gestellt wären. Wir sehen das am Murgewert. Aus Angst große Finanzmittel in die solchen Welt hineinzujuden, verzögerte der Staat die Znangriffnahme des Werkes, dessen Fertigstellung sich verzögerte und das nun heute tausende von Mark wert kostet. Bei der Ausgestaltung der Kautelmaßnahmen ist eine durchgreifende Verbesserung des Volkswirtschaftswesens notwendig, damit unser Volk den wirtschaftlichen Kämpfen gewachsen ist. Die Beamten- und Arbeiterfürsorge wird die gewaltigsten Mittel beanspruchen. Der Herr Finanzminister war zwar der Ansicht, daß die Ausgaben für Feuerungsbehörden würden rückgängig gemacht werden können. Das glaube ich nicht. Für die Beamtenfürsorge werden durchgreifende Mittel in Angriff genommen werden müssen, damit der Staat mit der Privatindustrie konkurrieren kann. Und das kann fernerhin nicht dabel bleiben, daß tüchtige Beamten zehn Jahre lang warten müssen, bis sie endlich einen ihren geistigen Fähigkeiten entsprechenden Posten erhalten. Dadurch läuft der Staat Gefahr, die tüchtigsten Kräfte zu verlieren. Weiter muß dafür gesorgt werden den künstlichen Anhang nach öffentlichen Stellen zu unterbinden, um dadurch die Möglichkeit zu schaffen, wirklich tüchtige Beamten zu erhalten. Die Vereinfachung der Staatsverwaltung kann nur durchgeführt werden, wenn auch die Volksetretung mitläßt und sich nicht von Kleinigkeiten leiten läßt. Die Zentralstellen müßten alles daran setzen, daß die Kleinarbeit von den Bezirksstellen geleistet wird. Diesen muß man schon so viel Initiative zutrauen.

Auf die Finanzfragen eingehend wies der Redner darauf hin, daß eine durchgreifende Reichsfinanzreform vorgenommen werden muß. Die Schaffung einer großzügigen steuerrechtlichen Grundlage für Reich und Staat ist unbedingte Notwendigkeit. Ein stärkerer sozialer Einfluß muß zu verpflanzt sein. Die direkten Steuern müssen stärker in Anspruch genommen werden. Wir protestieren dagegen, daß nach dem Krieg noch die Lasten auf die breiten Massen gelegt werden. Mit der alten Steuerabsicht wird man nach dem Krieg nicht mehr arbeiten können. Der Besitz hat in diesem Krieg ganz ungeheuer gewonnen und er muß auch dementsprechend herangezogen werden. Wir werden ferner zu den direkten Reichsteuern kommen müssen. Der Sozialismus ist keine Theorie mehr, er ist Wirklichkeit, und es gibt keine Partei und keine Regierung mehr, die sich dem Sozialismus und seiner Verwirklichung entziehen kann. Wenn wir sehen, wie der Staat dem Kapitalismus restlos ausgeliefert ist, so müssen wir doch zu der Ueberzeugung kommen, daß das nicht so weiter gehen kann. Wälfanden mußte das Volk aufbringen, weil der Staat nicht den

Nr. 9. nstigen Einfl... tor nicht zu... Grunde gehen... entgegenwirts... Eisenbahnen... dem Bahne... greifen will... Ein gang... gemüßens... sie kann für... stellung mach... weil die groß... diesen Betru... nicht angeseh... wir die demo... wirtschaftlichen... greifen nicht... makroökonom... der Massen in... noch stärker... Umfange die... waltung zu... werden nach... und Sie werd... nach Hause k... wird eine Ver... die hohe Obr... blieb des Gar... befrist muß e... man heute au... man fagen, d... Teile des Be... von den baten... von Volk und... weitgehende... Staat nicht er... Im Folge... Er berichte... Dem aus den... ferneres Woh... Sozialdemocr... wir durch ab... streifen wir... leben wir nicht... würdig berüch... man so freun... Zeit wirklich... Systemwechsel... Staatsmin... ist jetzt nicht... minister habe... was man in... außerordentlic... Änderung zu... merung steh... gegenüber. V... Klassenwahlre... Vertrauen be... offenes Gestä... Eine Häu... Zagen im... die nächste S... wird. Daß di... fikt“ bekom... Justiz sein... neben kann... den Reffi... würdig gegeb... Don Cesar O... Krienspiel v... dürfen, in An... der Gestaltu... singend... Sugerien mit... Als Abel... schlicht gegeb... Cerecete nicht... eel, daß sie... Darstellung d... Stimme mag... gene Operete... Schulz-D... nicht bange z... nstlich der v... schäufert wur... creiff gab f... die, trotz u... angezweimen... Was den Ab... Verpflanzung... der Triflan-A... in einigen heu... Man n... erwartet ein... Schöffe! kann... Palm-Corbes... Antination ist... drum freilich... zu helfen, im... Seemanns, d... zünftige, im... wenigsteig ge...

Einfluss auf die Großindustrie hat. Den Krieg verdanken wir nicht zuletzt dem Großkapital und wenn Europa nicht zu Grunde gehen soll, dann müssen wir der Gefahr des Kapitalismus entgegenwirken. Ich kann es heute noch nicht verstehen, daß die Eisenbahnverwaltung nicht die Initiative ergreift, um Einfluß auf die Waggonfabrik zu haben. Auch der Staat sollte eine großzügige Verkehrspolitik machen, aber statt dessen sehen wir, daß gerade das Gegenteil geschieht. Jetzt wäre die beste Zeit dafür, die Reichseisenbahnen durchzuführen. Die Selbständigkeit der Eisenbahnen in den einzelnen Bundesstaaten steht doch nur auf dem Papier. In Wirklichkeit müssen die Eisenbahnen tun, was Breußen will.

Ein ganz schlimmer Zustand herrscht auf dem Gebiet der Vermögensangaben. Er herrscht eine Steuerermogelung wie man sie kaum für möglich halten sollte, und wir können uns keine Vorstellung machen, wie viele Hunderttausende der Staat verliert, weil die großen Vermögen nicht richtig angegeben werden. Auf diesen Betrag sollten Zuschläge erhoben werden und das nichtangenehme Vermögen sollte dem Staat zustehen. Auch wenn wir die demokratischsten Staatseinrichtungen schaffen und nicht die wirtschaftlichen Forderungen ziehen, so können wir in künftigen Zeiten nicht vorwärts kommen. Politische und wirtschaftliche Demokratisierung muß die Parole sein. Wir haben die Bedeutung der Massen im Kriege kennen gelernt und sie wird nach dem Kriege noch stärker hervortreten. Der Staat muß in immer größerem Umfange die sozialistische Organisation und die sozialistische Verwaltung zu erweitern und zu vertiefen erstreben. Die Massen werden nach dem Kriege eine ganz ungewöhnliche Bedeutung haben und sie werden Ihre blauen Wunder erleben, wenn die Feldgrauen nach Hause kommen. Die

Gestaltung des Staates

wird eine Veränderung erfahren. Man sieht im Staat nicht mehr die hohe Obrigkeit, sondern jede einzelne Person fühlt sich als Mitglied des Ganzen und will Einfluß im Staate haben. Der Staatsbegriff muß erfüllt werden mit den Ideen der Demokratie. Wenn man heute auf die Zeit vor und im Kriege zurückblickt, dann muß man sagen, daß die Staatsmänner keinen Einblick in die Seele des Volkes sich verschafft haben, sonst hätte nie das Wort von den vaterlandsliebenden Geistes fallen können. Das Einigsein von Volk und Staat muß über den Krieg hinaus andauern. Ohne weitgehende Demokratisierung kann dieses Einigsein von Volk und Staat nicht erhalten werden.

Ministerwechsel

Dem aus dem Dienste geschiedenen Staatsminister wünscht wir ferneres Wohlergehen. Scharfe Gegenätze zwischen ihm und der Sozialdemokratie bestanden wohl, die persönliche Achtung haben wir nicht über den Verlust. Den neuen Justizminister Diringer begrüßen wir. Dem politischen Wirken des neuen Staatsministers sehen wir nicht so hoffnungsvoll entgegen. Es hat mich merkwürdig berührt, daß gerade der Abg. Schöfer dem Herrn von Rodmann so freundlich entgegengetreten ist. Wenn der Geist der neuen Zeit wirklich zur Geltung kommen soll, dann geht das nicht ohne Systemwechsel. Ein solcher ist notwendig und auch der Herr Staatsminister wird sich damit abfinden müssen. Mit Rücksicht auf die nächsten Wahlen ist der geistige Programmrede des Staatsministers haben wir den großen Zug vermist im Hinblick auf das, was man in der Thronrede gelesen hat. Gegenüber dem letzten außerordentlichen Landtag ist allerdings in mancher Hinsicht eine Veränderung zu bemerken. Der Herr Minister hat gesagt, die Regierung werde dem Massenwahlrecht nicht unbedingt ablehnend gegenüber. Warum hat er nicht gesagt, die Regierung lehnt das Massenwahlrecht ab? Diese Bemerkung wird brauchen großes Vertrauen hervorgerufen. Der Herr Staatsminister sollte ein ganz offenes Geständnis zu der Notwendigkeit der inneren Umgestal-

tung unseres Staatswesens ablegen. Unter anderem hat sich der Staatsminister gegen die Parlamentarisierung ausgesprochen. Mit der Erweiterung des Landständischen Ausschusses geben sich die Nationalliberalen Hoffnungen hin, die sich nicht erfüllen werden. (Abg. Schöfer: Sehr richtig!) Der Herr Staatsminister neigt sehr nach der bürokratischen und formalistischen Seite hin. Aus diesem Grund kann man der in Aussicht gestellten Neuorientierung nur mit einer gewissen Sorge entgegen sehen.

Demokratisierung

ist keine Parteiforderung mehr, sondern eine Lebensnotwendigkeit für Staat und Volk. Deutschland kann ohne Demokratie nicht mehr leben. Es ist doch kein Zufall, daß die ganze Welt uns mit Haß betrachtet und zwar nicht allein unserer wirtschaftlichen Tüchtigkeit wegen. Etwas anderes trägt die Schuld: es sind die innerpolitischen Zustände bei uns. (Ausrufe aus der Mitte der Nationalliberalen: Und unsere Presse.) Nun gibt es doch noch andere Staaten mit parlamentarischer Regierung. Schwiz und Dänemark, wo keine Korruption herrscht. Wenn Frankreich eine Arbeiterbewegung hätte wie wir, dann wäre dort manches anders. Herr Clemenceau saß nicht auf dem Stuhl des Ministerpräsidenten. Das wesentliche bei der politischen Umgestaltung unseres Staates ist die Überwindung des bürokratischen Obrigkeitsstaates. Die historische Entwicklung kann man selbstverständlich nicht ignorieren. Dann spricht man hier immer von den Kronrechten und viel zu wenig von den Volksrechten. Es ist doch Sache der hier Versammelten, die Rechte des Volkes sehr energisch zu vertreten. Auch die Monarchie tut gut daran, wenn sie die Zeichen der Zeit versteht. Die Monarchie wird nur fest sein, wenn sie sich auf die breiten Massen stützt. Wir aber wollen, daß die Volksvertretung mitzureden hat bei allem was vorgeht. Sehen wir nur zu, wie die Ministerernennungen gemacht werden. Da spielt eine kleine aber starke Clique ihr Spiel. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn in der Welt die Meinung aufkommt, das deutsche Volk habe im eigenen Hause nichts zu sagen. Wir sehen ja in diesen Tagen, was eine solche Clique vermag. Und schon mehr als einmal mußte in Deutschland ein Minister gehen, nicht weil die Volksvertretung nicht mehr mit ihm zufrieden war, sondern weil er einer Clique nicht gefiel oder der Hofmarmelade. Ich bedauere es auch, daß die Krone sich einzig und allein nur von den Ministern beraten läßt. Es wäre gut, wenn sie ab und zu die Volksvertreter und die Führer der einzelnen Parteien hörte und sie würde dann manches hören, was sie aus dem Munde der Minister nicht erfährt.

Der Herr Minister hat einmal gesagt, er stehe über den Parteien. Ich kann mir das nicht recht vorstellen. Wenn die Regierung wirklich über den Parteien steht, dann hätte das zur Voraussetzung, daß in unserem Staat ein unpolitisches Leben herrscht. Man kann sich doch nicht einfach über die Parteien hinwegsetzen. Der Staatsmann muß, wenn er etwas ganz Tüchtiges leisten will, eine ganz bestimmte politische Auffassung haben. Wenn wir etwas erreichen wollen, so müssen wir zu einer Systemänderung kommen. Dem Tüchtigen freie Bahn, muß auch bei uns die Losung sein. Auf die

badische Politik

eingehend, sagte der Redner: Was die vom Zentrum geforderte Aufhebung des § 137 des Schulgesetzes anbetrifft, so werden wir an diesem Paragraphen unter allen Umständen festhalten. Wir werden nicht dulden, daß die Oberhoheit des Staates und der Schule angetastet wird. (Abg. Weiß (Zentr.): Sie wird nicht angetastet.) Gegen den Antrag der Nationalliberalen betr. die Erste Kammer haben wir große Bedenken. Wir brauchen doch keine Vormund oder denken Sie etwa, daß in der Ersten Kammer so außerordentlich hohe Geister sitzen, daß wir nicht ohne sie auskommen? Der Adel hat nach diesem Krache auch nicht das mindeste Recht, mehr Privilegien zu beantragen. Der Großhändler ist gelöst worden, weil die Nationalliberalen schon bei den letzten

Wahlen ihre Taktik geändert hatten. Wir sind doch nicht dazu da, daß wir den Nationalliberalen zu einigen Sätzen hier verhelfen. Ganz unrichtig ist die Ansicht, der Großhändler sei deshalb gelöst worden, um den Unabhängigen entgegenzukommen. Auch der Abg. Sed hatte keinen Einfluß darauf. Dem von dem Abg. Reumann angeregten Verkehrsministerium stimmen wir zu.

In seinen Schlüsselaussagen wandte sich Abg. Kolb noch der

Vaterlandspartei

zu. Wir protestieren gegen ihre Treiberien. Es ist ein Spiel mit dem Feuer, das die Vaterlandspartei treibt. Die hinter der Vaterlandspartei Stehenden sind die schlimmsten Reaktionäre, die wir haben. Mit Recht hat Prinz Max in seiner wundervollen Rede in der Ersten Kammer gesagt: Wir brauchen ein Weltgewissen. Kommt ein Gewaltfriede zustande, so geht die europäische Kultur zu Grunde; denn ein solcher Friede gibt nur Anlaß zu neuem Krieg und damit zu neuen Rüstungen. Und was diese neuen Rüstungen kosten, läßt sich gar nicht in Zahlen ausdrücken. Für Kulturaufgaben wäre dann kein Geld mehr vorhanden. Bei aller Verehrung für Hindenburg und Ludendorff, einen von Generälen diktierten Frieden wünschen wir nicht. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir aus diesem Kriege lernen müssen und daß wir unser Volk fernerhin vor Gefahren zu bewahren haben. Wir müssen den freien Volksstaat schaffen, in dem sich alle Kräfte frei entwickeln können. (Weilfall bei den Sozialdem.)

Abg. Muser (F. V.) verbreitet sich zu Eingang seiner Rede über die Demokratisierung und verlangt, daß nicht bloß die Rechte erweitert werden, sondern auch in Hand müsse damit gehen die Erweiterung der Pflichten. Auch das Volk sollte über Krieg und Frieden mitzuentcheiden haben. Der Kaiser hat im Jahr 1906 an den russischen Zaren einen Brief geschrieben, in dem er dem Zaren nahelegte, er möge gestatten, daß auch das Volk sein Gesicht dadurch selbst in die Hand nehmen sollte, indem es sich an den Friedensverhandlungen beteiligen könne. Soll das nur für das russische Volk Geltung haben? Würde unser Volk an dem Frieden mitarbeiten dürfen, so würde das im Ausland mehr respektiert werden. Die Lage unserer Finanzen wird es nicht vermeiden lassen, daß eine weitere Verbrauchssteuerung eintritt. Mit allem Nachdruck muß ich dabei aber fordern, daß die notwendigen Verbrauchsmittel von dieser Besteuerung frei bleiben. Eine Forderung der neuen Zeit ist ein sozialer Menschenhaß. Die Heranziehung von Hindenburg und Ludendorff in unsere Politik ist schon von dem Abg. Kolb gekennzeichnet worden. Wir wissen es alle und sind uns darin einig, wir brauchen Hindenburg und Ludendorff und ich glaube, sie wissen besser als manche Menschen, daß dem größten militärischen Gemein Abbruch getan wird, wenn man ihm sagt, das Friedensproblem ist ein Problem, das mit einer Menge anderer Probleme verbunden ist, die außerhalb der strategischen militärischen Sphäre stehen. Ein Anzweifeln der strategischen militärischen Sphäre ist ein Scheinfriede, ein Waffenstillstand. Zugleich haben wir aber auch die Bevölkerungspolitik in Betracht zu ziehen. Die Geburtenzahl hat in den letzten Jahren vor dem Krieg dreimal so rasch abgenommen als früher. Wir sollten die Kapazität immer und immer wieder dem Volke vorkhalten. Die Ausgestaltung des internationalen Rechts eröffnet ein weites Arbeitsgebiet. Unter einer beständigen Rüstungsgefahr und einem Wirtschaftskrisis kann man keine rechte Kulturarbeit leisten. Von der Verjüngung der Völker hat Abg. Reumann wegwandernd gesprochen; das hat mich gewundert, nachdem der nationalliberale Abg. Schönich-Carolath in einer Parteierklärung von dieser Verjüngung gesprochen hat. Wir stehen in Weltbeziehungen und können gar nicht daraus heraus. Das Wesen des Patriotismus ist ein gesunder Internationalismus, eine gesunde Weltgesinnung ist die Voraussetzung des modernen Patriotismus. Die Neuorientierung darf nicht in der Isolierung, sondern in der Gemeinschaft der Völker zu setzen sein.

Theater und Musik.

Verpflichtungsgastspiele im Hoftheater.

Eine Häufung von Verpflichtungsgastspielen, die in den letzten Tagen im Hoftheater stattfanden, deutet darauf hin, daß die nächste Spielzeit mit manchem neuen Gesicht bekannt machen wird. Daß die Sache dadurch auch in Wirklichkeit „ein neues Gesicht“ bekommt, muß die Sorge der künstlerischen Vorstände des Instituts sein, denen die Presse natürlich nur beratend zur Hand gehen kann. Während sich in einer Aufführung der „Frau von Messina“, die die Herren Würtner und Esfel in liebenswürdiger und schätzbare Ausführlbarkeit ermöglichten, als Don Cesar Herr Steinhöfer vom Lübecker Stadttheater, dessen Kienenspiel und Sprechorgan einer hingebungsvollen Pflege bedürfen, in Ausarbeitung, Auffassung, und was das Temperament der Gestaltung anlangt, recht gut anlieh, befand sich unter den jüngeren Gästen keiner, bei dem man ohne weiteres zum Zugreifen raten möchte.

Als Neben in einer, mit dünner Orchesterbesetzung recht und leicht gegebenem „Liederhaus“ — man kann und darf diese Operette nicht einfach „herauswischen“ — zeigte sich Sprengel, daß sie von einem nur-Operettentheater herkommt. Ihre Darstellung verriet absolute Gewandtheit und Bühnenblut, die Stimme mag aber für die Fänge im Himmelsraum, als für gebührende Operettenkunst geeignet sein. Die Amneris des Hrn. Schulz-Dornburg, um deren Entwicklung uns im übrigen nicht bange zu sein braucht, betätigte die Befürchtungen, die hinsichtlich der vorläufigen Tragfähigkeit ihres Materials seinerzeit äußert wurden. Im Spiel und Gesang (vielleicht schon zu) ausgereift gab sich die Brangäne der Frau Günther-Wetter, die, trotz unzulänglichen Epochen, mit Würde neben der ausgedehnten Hilde der Frau Palm-Gordes zu stehen wußte. Was den Abdammes-Gast anbetrifft, so sei gehofft, daß mit seiner Verpflichtung lediglich eine Entlastung des Herrn Schöffel vor der Tristan-Aufgabe beabsichtigt war. Dieser Tristan hat heute in einigen hervorragenden Momenten schon etwas von dem Ullrich zu sein. Man möchte ihm zurufen: „Zeit lassen in der Diktion“ und erwartet ein Verarbeiten des Aufbaus und der Auffassung. Herr Schöffel kann nichts dafür, wenn er neben einer Hilde, wie Frau Palm-Gordes sie gibt — an Langlicher Höhe und Reinheit der Intonation wird sie von der Stuttgarter Nachfolgerin Helene Wildbrunn freilich übertrifft — mitunter etwas stark abfällt. Viel zu heftig singt der prächtige Seydel die Stimme des „jüngeren“ Gemanns, der, nach dem Tümpel, Neugebauer oder Hertenslein zunächst, und wegen hat mit seinem Marke noch etwas eifrig, wenngleich gerade diese Partie in ihrer jonoren, wahrhaft markig

gefärbten Wiedergabe als neuer Beweis für den künstlerischen Ernst des Sängers gelten kann. Siefens Entwicklung wird man mit ganz besonderen Erwartungen verfolgen dürfen. Wirklich waren der Kurvenal und Anonastro des Herrn Würtner.

Angeht es solcher Beanstandungen, die im Interesse der Sänger selbst gemacht werden mußten, darf erst recht nicht verheißt werden, daß die „Tristan“-Aufführung als Ganzes in überwältigender Einbringlichkeit verlief. Herr Cortolezis dirigierte dieses hohe Lied der entsetzenden Liebe, das die Welt nicht nur Richard Wagner, sondern auch Mathilde Wejdonk zu verbannt hat. Elastisch in der Auffassung, die der Guitav Brochers bewandt ist, feinnervig in der Dynamik und mit einer Orchester-, Solfège- und Zubörer befehlenden Stabführung ließ er seine ganze Liebe in der Partitur des Werkes aufgehen, das die „Leure Halle“ des Hoftheaters fast noch länger gemieden hätte als Herr Cortolezis selbst. In orchesterlicher Beziehung waren die Eckste unüberwältig groß, im zweiten vom zum Eingang die Hörnerbeziehung zurzeit besondere Schwierigkeiten macht, habe ich die Fiolbe-Strangane-Szene bis zum Erscheinen der Leuchte und die Gesänge von der Warte vor einigen Wochen in Frankfurt und vor einigen Tagen in Mannheim weit düstiger, schwerer und trotzdem mehr vollständig gehört, als diesmal in Karlsruhe, wo die orchesterliche Feile des Herrn Cortolezis sicher allmählich wieder für den rechten Klang sorgen wird.

Es hat einmal wieder Staub aufgewirbelt, daß Herr Cortolezis vor zwölf Tagen die „Zauberflöte“ nicht dirigierte. Ob er es überhaupt wollte und warum er es nicht tat, geht uns natürlich nichts an. So ist auch eine Einmischung in die Bühnen-Erörterung Karlsrüher Mütter überflüssig. Hat Meister Stadmer eigentlich Unrecht, wenn er keine Gesellen mag, die in der Familie besser Bescheid wissen, als in der Werkstatt? Aber neugierig darauf könnte man werden, zu welchem Ende nun neuerdings auch eine Verichterstattung über die „Regieleistungen“ des Hoftheaters eingeführt werden soll? Geht es das halbamtlich oder zieht, wie Hans Sachs sagt, „ein Schuster in seinem Laden“ lächelnd an den Häden, um Leute, die darnach greifen, zappeln zu lassen?

Noch eine Berichtigung: In der Besprechung des Mannheimer Trios hat der Schachlertrufel, durch die Gasparre begünstigt, besonners heftig sein Urmeien getrieben. Einen unzulänglichen (unzugänglichen) Verloben gibt es natürlich ebensowenig, wie ein m-dur (h-dur) Trio von Brahms. 1. s. Beachtenswerte Erfolge hat z. B. ein Kind unserer Stadt, Hrn. Franz Röhner, die uns von der Sommeroperette im Stadt-Konzerthaus, in angenehmer Erinnerung sein dürfte. Die junge Künstlerin die am hiesigen Groß-Konservatorium unter Herrn

Professor A. von Milde ihre Ausbildung hatte, ist seit Beginn der laufenden Spielzeit am Mannheimer Künstlertheater „Apollo“ engagiert. Ihre künstlerische Reife zu beweisen hatte Hrn. Röhner in verschiedenen größeren und kleineren Rollen Gelegenheit. Einige Urteile der Mannheimer Kritik seien hier wiedergegeben. So schreibt die „Neue Bad. Landesztg.“: Besonders hervorzuheben seien die Leistungen von Hrn. Röhner, die ihre schöne Stimme mit wahrhaft musikalischer Kunst entfaltete. Hrn. Röhner ist zweifellos eines der besten Mitglieder des Apollotheaters. „Volkstimme“: In Hrn. Röhner besitzt das Apollotheater eine Künstlerin, die über eine angenehme, biegsame Stimme verfügt. Offenlich hört man die Dame bald in einer größeren Rolle. „Mannheimer Volksblatt“: Im ersten Teil sang Hrn. Röhner, eine schätzbare Kraft des Apollo-Ensembles, zwei Lieder mit schöner Stimme und innigem Vortrag. Hrn. Röhner würden wir auch fernerhin recht viel Glück und hoffen, daß auch sie ihr Bestes gibt. Den Ruf unserer Stadt als Kunststätte zu erhalten und zu vergrößern. E. S.-r.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden. Die „Sozialistischen Monatshefte“ redigiert von von Dr. J. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Rottdamerstraße 21h), haben soeben das 1. und 2. Heft ihres 24. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Weg zur Demokratie, von Wolfgang Heine, M. d. R. — Der Aufbau des neuen Aufbaus, von Dr. Ludwig Quessel, M. d. R. — Konsumistenstandpunkt und Arbeiterorganisationen, von Max Schippel. — Die Notwendigkeit produktiver Kolonialpolitik, von Max Rahn, M. d. R. — Die nächsten Aufgaben der Produktionspolitik in der Landwirtschaft, von Hermann Kranold. — Arbeits- und Volkshausbau beim Wiederaufbau Deutschlands, von Paul Umbreit. — Lieber den Dichter Hermann Esfig, von Dr. Adolf Lehmann (mit einem Porträt Esfigs von Oskar Kolojcska). — Die englische und die russische Frau, von Wally Jenner. — Staatliche Elektrizitätsversorgung, von Edmund Fischer, M. d. R. — Die Konsumgenossenschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern, von Heinrich Reus M. d. R. — Böhming, von Dr. Adolf Koelch. — Napoleon und wir, von Dr. Alfred Keller. — Rodins Verhältnis zur Kunst und zur Natur, von Elisabeth Stern. — Der Niemannsche Gasparapparat, von Dr. Heinrich Lur, und anderes mehr. Der Preis des Heftes beträgt 60 Hg., der eines Vierteljahrsabonnements 3.00 Mk. Zu haben in jeder Buchhandlung, in den Kiosken und Bahnhöfen, bei allen Kolporturen, ferner zu beziehen durch jede Postanstalt, sowie direkt durch den Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W. 35. May verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

Die Friedensresolution war ein notwendiger Protest gegen die Verzerung des Charakters unseres Volkes, eine Kundgebung von Grundfäden, nicht ein Angebot; es ist ganz gleichgültig, wie die Feinde sich dazu stellen und es ist fraglich, ob die Verhandlungen in Brest-Litowsk so geführt werden können, wenn unsere Delegierte nicht diesen Rückhalt hätten. Wir wollen einen Staat, der seinen hohen Aufgaben gerecht werden kann, wir wollen, und das ist der wahrhaftige Patriotismus, die Ver menschlichung der Menschheit. (Beifall.)

Abg. Fischer (N. Vog.) spricht Staatsminister Frhr. v. Hofmann das Vertrauen seiner Parteifreunde aus und widmet Generaldirektor Roth einige freundliche Worte. Der Herr Minister hat gesagt, wir hätten alle Schichten davon Kenntnis, so würde das viel zur Veruhigung beitragen. Wenn wir in Russland einen Frieden ohne Annexionen bekommen, so ist das kein Verdienst, sondern ein wahrer Friede, denn wir haben den russischen Stolz zum Schweigen gebracht. Nachdem unsere Feinde am 12. Dezember 1916 die deutsche Friedenshand zurückgewiesen haben, sollten sie auch für die Kriegskosten seit jenem Tage aufkommen. In seinen weiteren Ausführungen bespricht der Redner die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer.

Um 1/2 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt.

Neue Anträge und Petitionen in der Zweiten Kammer.

Der Zweiten Kammer ist ein Antrag der Zentrumsfraktion zugegangen über die Änderung des Beamtengesetzes. Dieser Antrag bezweckt eine Verbesserung der Ruhegehaltsverhältnisse. Weiter sind der Zweiten Kammer Petitionen zugegangen von verschiedenen Beamten- und Arbeiterkategorien der Staatsbahnen um Verbesserung ihrer Lage von dem Verband der Beamten- und Lehrerevereine Badens um Schaffung von Beamten- und Lehrerausstellungen und um Verbesserung ihrer Lage durch Gleichstellung mit den Kollegen im Reich und in Preußen hinsichtlich der Feuerungsbeihilfen und durch Erhöhung der Dienstverpflichtungsdauer.

Dem Landtage ist ein Gesetzentwurf über die Ergänzung der Gemeindebesteuerung zugegangen. Durch das beabsichtigte Gesetz soll folgender Mibstand beseitigt werden: Da die Gesetzgebung anderer Bundesstaaten, insbesondere Preußen, Bayern, Sachsen, den Bezug der in einer Gemeinde wohnhaften Personen zur Gemeindebesteuerung ohne Rücksicht auf ihre staatliche Besteuerung gestattet, erleiden die badischen Gemeinden nicht unbeträchtliche Steueransätze dadurch, daß sie in Fällen, in welchen Baden einen zweiten Wohnsitz außerhalb Landes begründet, sich mit den Gemeinden dieses zweiten Wohnsitzes in das Besteuerungsrecht teilen müssen, während im umgekehrten Fall Angehörige anderer Bundesstaaten der badischen Gemeindebesteuerung nicht unterworfen werden können. Der Gesetzentwurf wurde auf Antrag der Gemeinden der Städteordnung eingebracht.

Baden.

Nach einmal: Die Sergeantenlöhnung.

Diese Frage hat viele Fragen an uns veranlaßt. Reichstagsabgeordneter Stücken stellt sie nun wie folgt klar: Der Wortlaut des Dispositivs über die Gewährung der Sergeantenlöhnung hat zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. In den Gehaltsnachweisungen heißt es: „In planmäßigen Stellen befindliche Unteroffiziere empfangen nach 5 1/2-jähriger Dienstzeit die Sergeantengehälter, nach 9-jähriger Dienstzeit die Vizefeldwebelgehälter.“

In der Anlage 6 zur Kriegsbeurlaubungsordnung dagegen heißt es:

„Nach 5 1/2-jähriger Dienstzeit dürfen in planmäßigen Stellen befindliche Unteroffiziere zu Sergeanten befördert werden. Denjenigen Sergeanten, die mangels freier Stellen von der Beförderung zum Vizefeldwebel ausgeschlossen sind, dürfen die Vizefeldwebelgehälter gewährt werden.“

An maßgebender Stelle im Kriegsministerium ist deshalb Bestimmung dahin ausgelegt worden, daß eine 5 1/2-jährige

Die Uniform.

Wer ist das würdigste Glied des Staats? — Ein wahrer Bürger!
Unter jeglicher Form kleidet er der edelste Stoff.
Goethe.

Die Bedeutung der Uniform im heutigen Deutschland wird späteren Kulturhistorikern wertvoll sein, um an ihr den Geisteszustand des Landes zur Zeit des großen Krieges zu messen. Dieser Tage brachten illustrierte Blätter ein Bild: zwei Dreifelderhöcker in ganz ernsthaften militärischen Uniformen. Es waren Prinzenknaben. Zwar das Tuch ist jetzt im ganzen Lande außerordentlich knapp, die Bezugspflicht wird höchst peinlich durchgeführt, da sich jedoch die beiden Kinder in blühender neuer Uniform präsentieren, scheinen die gestrigen Behörden die eiserne Notwendigkeit ihrer Bekleidungsstücke bejaht zu haben.

Genau dieselbe Notwendigkeit lag offenbar vor, als Herr Dr. Michaelis unterdessen zum Reichskanzler befördert wurde. Sogleich schnuppern die Blätter wissbegierig nach dem Militärverhältnis des biedereren Mannes und mit Vergnügen erichauete man, daß mit der Erhebung in ein höheres Zivilamt zugleich die militärischen Ränge steigen: Dr. Michaelis avancierte über Nacht zum Oberstleutnant und ließ sich flugs die seinem neuen Range angemessene Uniform auf den schwächlichen Leib schneidern. Als bei seiner Ernennung zum Kanzler ein italienisches Blatt hochstapelt, maß zerbreche sich nun innerhalb der deutschen Regierung den Kopf darüber, in welcher Uniform der neue Mann im Reichstag erscheinen solle, so rief das in etlichen deutschen Blättern starke moralische Entrüstung hervor. Die Entwicklung hat gezeigt, daß diese Entrüstung über angebracht war.

Hier haben wir zugleich eine Aeußerung dessen, was das Ausland unter dem preußisch-deutschen Militarismus versteht: die militärische Durchdringung des gesamten bürgerlichen Lebens. Dieses Ausland hat keinen Sinn dafür, daß der moderne Deutsche bis auf den heutigen Tag noch nicht vermodet hat, die Lieberkleider einer für die heutige Kulturwelt begrifflich weit zurückliegenden Zeitepoche von sich abzutreiben, daß er vielmehr geistig noch in die pantischen Stiefel des alten preußischen Militarismus eingeschmürt ist und daß ihm der Mensch sozusagen erst beim Rezerceoffizier waagmt. Das Ausland hat keinen Respekt vor noch so ehrwürdigen

Dienstzeit als Unteroffizier erfüllt sein müsse, um in den Genuss der Sergeantenlöhnung kommen zu können. Die meisten Truppenteile haben diese Bestimmung jedoch nach ihrem Wortlaut ausgelegt und sind demgemäß verfahren. Auf eine Anfrage an die Kasernenabteilung im Kriegsministerium ist nunmehr der Bescheid erfolgt:

„Die Sergeantenlöhnung ist zu gewähren den in planmäßigen Stellen befindlichen Unteroffizieren, die eine GesamtDienstzeit von 5 1/2 Jahren hinter sich haben.“

Diese Auslegung deckt sich mit dem Wortlaut des Dispositivs. Demnach steht also fest: Jeder in planmäßiger Stellung befindliche, — also nicht überzählige — Unteroffizier hat nach einer militärischen Dienstzeit von 5 1/2 Jahren Anspruch auf die Sergeantenlöhnung. Unter militärischer Dienstzeit ist zu verstehen die aktive Dienstzeit, die während der Friedensübungen abgeleitete Dienstzeit und die zu aktive Kriegsdienstzeit. Die Kriegsjahre zählen aber nicht doppelt. Wer also im Frieden zwei Jahre als Soldat gedient hat, mit der Quallifikation zum Unteroffizier entlassen und bei Ausbruch des Krieges als Unteroffizier eingezogen wurde, hätte im Februar 1916 die 5 1/2-jährige Dienstzeit erfüllt, die ihm zum Bezug der Sergeantenlöhnung berechtigt. Voraussetzung ist aber stets, daß der Betreffende etatsmäßiger, also nicht überzähliger Unteroffizier ist; Gefreite und Gemeine können die Sergeantenlöhnung unter keinen Umständen bekommen.

Die Löhnung eines Sergeanten bei einem mobilen Truppenteil beträgt nach der Erhöhung der Mannschaftslohnung 68,40 Mk.

Durlach, 10. Jan. Heute früh entgleiten auf dem hiesigen Bahnhof infolge Verlager der Weiche eines Wagens eines Schnellzuges. Glücklicherweise kamen Menschenleben nicht zu Schaden; auch entstand kein größerer Materialschaden. Der Verstoß war auf einige Zeit versperrt. Zum Teil mußten die Reisenden der folgenden Züge auf der Station Gedulden ausstehen und zu Fuß die Straße nach Durlach gehen, um von da aus mit der elektrischen Straßenbahn nach Karlsruhe zu fahren.

Wahl, 10. Jan. Am Dienstag kam an der Kehler Lokalbahn der Weidenkeller Franz Garlner von Schwarzach zwischen zwei Wagen und erlitt dabei schwere Verletzungen.

Oberrich, 10. Jan. Am Sonntag früh brach im Nebengebäude des Gasthauses zur Sonne Feuer aus. Das Gebäude brannte nieder. Der Gebäudeschaden beträgt 3000 Mk.

E. Pfersburg, 10. Jan. Wegen der täglichen, zum Teil sehr erheblichen Verspätungen, mit denen die auswärtigen ZeitungsSendungen eintreffen, muß hier die Zustellung des „Vollstreuern“ später geleget werden, denn es ist nicht angängig, daß die Austräger jeden Tag stundenlang auf die Käuhandlung der Zeitungen warten und ihre Zeit verpassen. Wir bitten die hiesigen „Vollstreuern“-Leser, hierauf gebührend Rücksicht nehmen zu wollen. Besondert treten bald wieder wenigstens einigermaßen erträgliche Verhältnisse in dieser Beziehung ein.

Donauwörth, 10. Jan. In Neubingen brannte am Sonntag das Wohnhaus und das Leseonomiegebäude des Wagners Mori vollständig nieder. Das Vieh wurde gerettet. Die Sachschäden verbrannten zum größten Teile. Der Gesamtschaden wird auf ungefähr 87 000 Mk. geschätzt.

Waldshut, 10. Jan. In Wägenstiel wollte der 16-jährige Joseph Maier aus Reinegg das Mählenrad der Wagnermühle den Rad weg werfen. Das Rad war im Gange, Maier rutschte wahrscheinlich aus und stürzte so unglücklich, daß ihn das Rad erdrückte. Er war sofort tot.

Soziale Rundschau.

Ernährung der Mütter und Säuglinge. Das Kriegsberntungsamt sieht sich veranlaßt, erneut auf die Bedeutung einer ausreichenden Ernährung der werdenden Mütter und für Säuglinge hinzuweisen. Es hat sich herausgestellt, daß Kommunalverbände und Gemeinden nicht überall u. nicht dauernd die Grundfäden beachten, die zur Gewinnung und Erhaltung eines gesunden und lebensfähigen Nachwuchses unbedingt eingehalten werden müssen. Das Kriegsberntungsamt hat deshalb Grundfäden aufgestellt, deren Vorschriften Mindestfäden bedeuten. Dieses Amt weist deshalb erneut darauf hin, daß die Erfüllung dieser Ansprüche unbedingt

preußischen Traditionen. Es findet es komisch daß bei uns jeder-mann nach irgend einer Uniform begierig ist; es hat kein Verständnis dafür, daß unsere Repräsentanten selbst jenseits der Grenzen in kriegerischer Wehr auftreten. Ganz sicher hat es die deutsche Sache in Griechenland nicht gefördert, daß der dortige deutsche Gesandte bei feierlichen Anlässen in preußischer Kaiseruniform erschien. Von noch ganz anderen Dingen ganz zu schweigen.

In diesem Kriege lautet das Sterbegeld des Militarismus. Der Krieg idet den Krieg. Schon verkündet ein Mann wie Graf Gernin das große Programm allgemeiner Abrüstung. Selbst wenn Deutschland nicht wollte, würde die Gewalt der Tatsachen es auf denselben Weg zwingen. Dann endlich wird die Menschheit von einem längst unerträglich gewordenen Druck befreit werden; dann erst wird auch hierzulande der schlafte Bürgerkrieg wieder die ihm zustehende Ehre genießen und die Erkenntnis wieder Allgemeingut werden, daß das Volk, daß die große Masse der Erwerbstätigen den Staat trägt und ihm Inhalt und Leben gibt, daß der Bürger „unter jeglicher Form der edelste Stoff“ ist. Die kulturlose militaristische Epoche wird dann hinter der Menschheit liegen wie ein böser Traum.

Wahres Gesichtliches. Ein Beamter geht zu einer Weerdigung, um zu zeigen, daß er nicht ohne Grund vom Bureau fernbleibt, hängt er an seine Bureaufaire einen Zettel mit der Aufschrift: „Bin auf dem Friedhof.“ — Als er zurückkommt, bemerkt er die Nachschrift eines Spöckogels: „Nur so sanft!“

Keine Marke. Ein deutscher Offizier bestellt in einem Wirtshaus in Polen einen Kognak. Beim Eingehen des Getränks sagt die Wirtin: „Das ist eine sehr feine Marke, lieber Herr. Alle deutschen Herren, die uns einen Kognak getrunken haben, die haben sofort die Marke erkannt. Warten Sie, sie heißt... die Marke heißt...“ Inzwischen hat der Offizier das Glas zum Mund geführt; er stellt es aber sofort wieder hin u. sagt: „Jauch!“ „Nichtig,“ ruft die Frau, „so nennen sie ihn!“

Ein Berliner geht einem Hamburger die Vorzüge seiner Stadt und ihrer Bewohner begeistert auseinander und schließt seine Rede lippig mit dem bekannten Ausspruch: „Uns kann keiner!“ Der Hamburger, der dreibeinig zugehörte hatte, steckte seine Hände noch tiefer in die Hosentasche, pußt aus und meint: „Uns können ja alle...“

die Verjorgung aller anderen Bevölkerungsklassen vorange stellt werden muß, auch der Krankenverjorgung. Es sei deshalb das Wichtigste aus diesen Grundfäden zur allgemeinen Kenntnis gebracht:

Werdende Mütter: Vom 6. spätestens vom 7. Monat der Schwangerschaft ab, bis zur Weendigung sind Schwangerschaftszulagen zu gewähren. Pflichtmengen sind eine wöchentliche Brotzulage von mindestens 350 Gramm. Comei Vollmilch zur Verfügun steht, täglich bis 1/4 Liter, sonst Magermilch oder eine entsprechende Zulage in anderen gleichartigen Lebensmitteln, wie Leigebren, Nährmittel, Zucker.

Gesunde Säuglinge und Kinder: Neben der Milchverjorgung nach den Anordnungen der Reichsstelle für Speisefette a) Säuglinge: 1. Zuder nicht unter 30 Gramm und möglichst bis 50 Gramm täglich. 2. mindestens 200 Gramm Weizenmehl gewöhnlicher Ausmahlung für die Woche; 3. an Nährmitteln mindestens 500 Gramm Haferflocken oder Weizengries den Monat. Soweit für den Säugling nicht volle Lebensmittelportionen ausgegeben werden, sollen den Müttern nach Möglichkeit Zulagen (Stillbehfen) gewährt werden. b) Kinder im ersten Lebensjahr an haben den Anspruch, sämtliche Lebensmittel nach den für diese im einzelnen geltenden Bestimmungen zu beziehen. Eine Herabsetzung des örtlichen allgemeinen Kopffabes bei der Milch- und Brotverjorgung zu Ungunsten der Kinder ist nicht statthaft.

Der Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 9. Jan. (WB. Nicht amtlich.) Heute vormittag um 11 Uhr fand eine Vollsitzung statt, an der sämtlich Delegationen und ukrainische Vertreter teilnahmen. Der Großwesir Talaat-Pascha eröffnete die Sitzung und übergab den Vorsitz an den Staatssekretär v. Kuhlmann. Staatssekretär v. Kuhlmann nahm darauf das Wort und gab einen kurzen Rückblick auf die Vorgehensweise und den bisherigen Gang der Verhandlungen.

Gemäß der Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages in Artikel 9: „Die vertragsschließenden Parteien werden im unmittelbaren Anschluß an die Unterzeichnung dieses Waffenstillstandsvertrages in Friedensverhandlungen eintreten“, erlaubten die vier verbündeten Mächte bevollmächtigte Vertreter nach Brest-Litowsk, die mit Vertretern der russischen Regierung am 22. Dezember 1917 die Friedensverhandlungen begannen. Diese zerfallen in zwei besondere Teile: In ein Erörterung über die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens und in eine Besprechung derjenigen Punkte, die unter Umständen zwischen den Mächten des Vierbundes und der russischen Regierung zur Erörterung gestellt werden mußten. Von den russischen Delegation in der Sitzung vom 25. Dezember vorgelegten worden ist, trat eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen ein, damit nach der russischen Erklärung die Völker, deren Regierungen den geführten Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden sich noch nicht angeschlossen haben, die Möglichkeit hätten, genügend mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens sich bekannt zu machen. Nach Ablauf dieser Frist müssen die Verhandlungen erneuert werden, abgesehen davon, ob und wieviele kriegsführende Staaten sich den Friedensverhandlungen anschließen. Die Frist ist am 4. Januar 1918 Mitternacht abgelaufen. Die verbündeten Regierungen haben darauf nachstehenden gemeinsamen Beschlusses durch Spruch verbreitet, nachdem von ihnen festgesetzt worden war, daß von den Regierungen der Entente irgendwelche zweckdienliche Mitteilungen nicht eingegangen waren.

Nach ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Leitätze für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Leitätze ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt im Kriege befindliche Mächte innerhalb eines angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur geneigten Beachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bestimmungen verpflichteten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgelegt worden, innerhalb welcher sich die anderen Kriegführenden zu den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundfäden eines sofortigen allgemeinen Friedens bekennen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen sich entscheiden sollten.

Die Delegationen der Verbündeten stellten fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingelaufen ist. Wie sich aus dem Inhalt der Mitteilung der verbündeten Regierungen vom 25. Dezember 1917 ergibt, war die wichtigste Vorbedingung, die darin gestellt wurde, die einstimmige Annahme der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen durch alle feindlichen Mächte. Der Rücktritt in diese Bedingungen hatte die aus dem Inhalt der Erklärung und dem Verstreiten der Frist sich ergebenden Folgen. Das Dokument ist hinfällig geworden.

Die nächste Aufgabe unserer Verhandlungen war, zunächst die Verhandlungen an dem Punkt wieder aufzunehmen, an dem sie beim Eintritt in die Weidnachtspause sich befanden. Die russische Delegation hat aber durch ein von Herrn Tschuprow abgezeichnetes Telegramm an General Hofmann mitgeteilt, daß sie die weiteren Verhandlungen über den Frieden auf neuem Boden fortzuführen gemillt sei. Ich will auf die aus dem bisherigen Darlegungen an anderer Stelle den Herren Delegierten bekannten Gründen, die es uns unmöglich machen die Verhandlungen an einem anderen Orte als in Brest-Litowsk zu führen, hier nicht mehr eingehen, aber jetzt schon feststellen und unabweislichen Beschlusses der vier verbündeten Mächte ansprechen, daß sie nicht in der Lage sind die hier angebotenen Verhandlungen über einen Waffenstillstand an einem anderen Orte weiterzuführen. Es kann nicht unermähnt bleiben, daß stets für die Erhaltung einer Verhandlung die Notwendigkeit ist, daß sich alle verbündeten Regierungen in der Absicht befinden, die Verhandlungen zu erneuern, mit den Mächten

Ar. 9.
Hierbunde
gen. Ich
miller
schen R
würde, in
bürger
russische
eine ange
Vorfürer
Antwort
die Mte
stamm.
sich dazu
der Verban
zu gefä
Wenn
würde, da
Ergebn
erster Vini
tion in be
russische
Frieden
lungen über
macht habe
ten Verban
rigkeiten n
Schützern d
Wieder
feinen ma
Sierauf
Neuigen G
meines den
Gründe, w
jetzigen An
gen, und
sind von h
reip. Nbr
Meinungs
von uns r
können
Verhandlun
sögert w
weite Wort
die Einlad
neben lasser
Pis für
sich haben
tum gestell
wortet, und
wirds allge
frieben
legung der
Entente
einmureffen
würden vor
Aufstandkom
Wir weiger
legenheit zu
bestimmende
die Unterzei
Was der
Uebereinstim
so haben wir
geinit, die
zu überneber
hier Verbür
gen auf den
mir entwid
abgemachte
Wenn d
den Zntent
befriedi
dann werden
Berantwocht
auschließli
Großwe
so w schloß
Delegation
Darauf
klärung
Es liegt
unterzeichne
der russische
fungen
und der deut
rungen r
Truppen ein
sichgen zwei
geschlossene
Seeresleitun
brüche und
Feldmar
Santische
schließen sich
das, der bul
manischen
Auf den
Angelegenhe
unterbro

Bierbundes zum Abschluss eines baldigen Friedens zu gelangen. Ich möchte in dieser Hinsicht verweisen auf den Tongemüßer amtlicher Kundgebungen der russischen Regierung gegen die Regierungen der Verbündeten, insbesondere aber auf eine Kundgebung der Petersburger Telegraphenagentur, die im Auslande als halbamtliches russisches Organ angesehen wird, in dieser Kundgebung war eine angeblich in der Sitzung vom 28. Dezember durch den Vorsitzenden der russischen Delegation, Herr Joffe, gegebene Antwort ausführlich wiedergegeben, die — wie ein Einblick in die Akten lehrt — lediglich aus der Phantasie des Erfinders stammt. Die in allen Teilen erfindene Mitteilung hat erheblich dazu beigetragen, das Urteil über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu verwirren und deren Ergebnis zu gefährden.

Wenn ich trotzdem die Hoffnung nicht völlig aufgeben möchte, daß die Verhandlungen zu einem erproblichen Ergebnis führen können, so gründe ich diese Hoffnung in erster Linie auf den bekannten und von der russischen Delegation in bereiter Weise zum Ausdruck gebrachten Wunsch des russischen Volkes nach einem dauernden, gesicherten Frieden und auf die Erfahrungen, die ich in den Verhandlungen über die Arbeitsmethoden der russischen Abordnung gemacht habe. Soweit sich aus den vor der Arbeitskommission geführten Verhandlungen ein Urteil bilden läßt, halte ich die Schwierigkeiten materieller Natur nicht für groß genug, um das Scheitern des Friedenswerkes und damit voraussichtlich die Wiederaufnahme des Kampfes im Osten zu seinen unabsehbaren Folgen für gerechtfertigt zu halten.

Hierauf führte der österreichisch-ungarische Minister der Neuern Graf Czernin aus: Ich habe den Bemerkungen meines deutschen Kollegen noch folgendes hinzuzufügen: Die Gründe, weshalb wir eine Verlegung der Verhandlungen im jetzigen Augenblick in ein neutrales Land kategorisch verweigern, sind doppelter Natur: 1. technischer Art. Sie wie wir sind von hier aus mit direkten Drahtleitungen mit unseren Verbündeten verbunden und täglich findet ein Meinungsaustausch von Ihnen mit Petersburg und Wien, von uns mit unseren Zentralen statt. Wir wollen und können diesen Apparat nicht missen, damit die Verhandlungen nicht irrendlich erschwert und verzögert werden. Noch wichtiger als dieser Grund ist das zweite Motiv. Sie, meine Herren, haben jederzeit an uns die Einladungen für allgemeine Friedensverhandlungen erteilt. Wir haben angenommen und haben uns auf die Pflichten für den allgemeinen Frieden geeinigt. Auf dieser Basis haben Sie Ihren Verbündeten ein zehnjähriges Ultimatum gestellt. Ihre Verbündeten haben Ihnen nicht geantwortet, und heute handelt es sich nicht mehr um Verhandlungen eines allgemeinen Friedens, sondern um einen Separatfrieden zwischen Rußland und dem Verbündeten. Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet würde die Vorteile die von ihr erteilte Gelegenheit geben, störend einwirken. Die Regierungen Englands und Frankreichs würden vor und hinter den Kulissen alles versuchen, um das Zustandekommen eines Separatfriedens zu verhindern. Wir weigern uns, den westlichen Mächten diese erteilte Gelegenheit zu bieten, aber wir wären bereit, an einem noch zu bestimmenden Ort die formellen Schlussverhandlungen und die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorzunehmen.

Was den Teil der Verhandlungen anbelangt, in welchem die Vereinbarung zwischen Ihnen und uns nicht erzielt ist, so haben wir uns in der letzten Plenarsitzung bindend darauf geeinigt, diese Fragen einer ad hoc zu bildenden Kommission zu übergeben, welche sofort ihre Arbeit zu beginnen hätte. Meiner Verbündeten sind völlig einia darüber, die Verhandlungen auf der von Herrn Staatssekretär von Kühlmann und mir entwickelten, mit den russischen Herren bereits bindend abgemachten Basis zu Ende zu führen.

Wenn die Herren der russischen Delegation von den gleichen Intentionen befehle sind, so werden wir zu einem alle befriedigenden Ergebnis gelangen; wenn nicht, dann werden die Dinge ihren notwendigen Lauf nehmen. Die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges fällt dann ausschließlich auf die Herren der russischen Delegation.

Großvezier Talaat Pascha und Justizminister Bosphorus schlossen sich namens der türkischen und bulgarischen Delegation diesen Ausführungen an.

Darauf gab General Hoffmann folgende Erklärung ab:

Es liegt mir eine Anzahl Junksprüche und Aufrufe vor, unterzeichnet von den Vertretern der russischen Regierung und der russischen Obersten Seeresleitung, die teils Bestimmungen der deutschen Seeresleitung, teils Aufforderungen revolutionären Charakters an unsere Truppen enthalten. Diese Junksprüche und Aufrufe verstoßen zweifellos gegen den Geist des zwischen beiden Armeen geschlossenen Waffenstillstandes. Im Namen der Obersten Seeresleitung lege ich gegen Form und Inhalt dieser Junksprüche und Aufrufe aus entschiedenste Protest ein. Feldmarschallleutnant Erzengel v. Gieseck, Oberst Gantshew und General der Kavallerie Jzset Pascha schlossen sich diesem Protest namens des k. u. k. Oberkommandos, der bulgarischen Obersten Seeresleitung und der österreichischen Armeen an.

Auf den Vorschlag des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten Trotski wurde nunmehr die Sitzung unterbrochen.

Zur Lage in Rußland.

W. Petersburg, 10. Jan. (Nicht amtlich.) Die Volkskommissare haben beschlossen, alle Auszahlungen von Dividenden von Privatunternehmungen einzustellen und auch den Handel in Aktien so lange zu verweigern, bis der Regierungserlass über die weitere Nationalisierung der Erzeugung und über die Beschränkung der von Privatgesellschaften auszugehenden Dividenden ergangen ist.

W. Stockholm, 10. Jan. (Nicht amtlich.) Nach der „Nowaja Sibir“ verlangt Trotski, daß die französische Militärabordnung ihre Aufklärungsbüro schließe, ihre drahtlose Telegraphie aufhebe und ihre Offiziere über die Grenze jage.

Freunde in Finnland.

W. Helsinki, 10. Jan. (Nicht amtlich.) Die Petersburger Telegraphenagentur meldet, daß die Stadt aus Anlaß der Unabhängigkeit Finnlands seit zwei Tagen belagert. Der Hauptausführer der sozialdemokratischen Partei wünscht den russischen Genossen seine Dankbarkeit auszudrücken, und schlägt eine feierliche Veranstaltung vor, zu der Vertreter aus Rußland erwartet werden. Ein Erlass setzt unverzüglich Einsetzung eines revolutionären Gerichtshofes fest.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 11. Januar.

Verstädlichung der Schankwirtschaften.

Wie die Zentralstelle des Deutschen Städtetags mitteilt, dürfte die Verstädlichung der Schankwirtschaften und des Ausschanks alkoholfreier Getränke in der Gemeindefinanzpolitik der nächsten Zeit eine bedeutende Rolle spielen.

Die in den Kreisen der Kommunalpolitiker oft und eingehend erörterte Frage geht in Deutschland zurück auf die Anregung des Reichstanzlers an die Bundesregierungen vom 25. Juni 1912, den Gemeinden durch Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in die Gemeindeordnung die Möglichkeit zu gewähren, ordnungsgemäß festzusetzen, daß der Betrieb der Gast- und Schankwirtschaften und des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus lediglich durch Rechnung der Gemeinde durch angestellte Beamte und durch gemeinwirtschaftliche Gesellschaften zu erfolgen habe. Diese nach den in Norwegen und Schweden in großem Maße gemachten Erfahrungen behauptet, daß wahrscheinlich die deutschen Gemeinden über ein Fünftel ihrer Ausgaben aus dem Branntweinverkauf, ein weiteres Fünftel aus dem Bierausverkauf werden decken können, wobei die Ausschüsse an Gewerbesteuer und Verbrauchssteuer sowie an Einkommensteuer (infolge Veränderung der Konzeptionen) schon in Abzug gebracht sind.

Der Gedanke, die Gast- und Schankwirtschaften in städtische und gemeindliche Eigenwirtschaft zu übernehmen, ist vom grundsätzlichen sozialistischen Standpunkt aus nur zu begrüßen. Abzulehnen dagegen ist die Absicht, die alkoholkaltigen Getränke, Bier, Branntwein usw., zu einer noch ausgiebigeren Steuerquelle zu machen als sie es bisher schon sind. Hier wird die Frage der indirekten Steuern überhaupt berührt. Die Sozialdemokratie bekämpft die indirekten Steuern grundsätzlich, weil sie ein höchst ungerechtes Steuerystem darstellen, das vor allem die große Masse der Verbraucher am schwersten trifft und belastet. Ist dieses Steuerystem aber in jedem Falle ein ungerechtes, so wohnt der indirekten Besteuerung des Alkohols zudem auch noch bis zu einem gewissen Grad eine unmoralische Wirkung inne; es will uns nimmermehr als sittlich erscheinen, wenn Staat oder Gemeinde oder beide aus einer Sache Steuern ziehen, die so viele kriminelle, gesundheitliche und sittliche Schäden im Gefolge hat, wie der übermäßige Verbrauch von Alkohol! Will man also die Gast- und Schankwirtschaften gleichsam zu einer Art Gemeindegewinnquelle machen, so müßte dieser Plan zugleich mit einer gründlichen Reform des ganzen Steuerwesens und des Schankbetriebs Hand in Hand gehen. Und zwar in der Weise, daß sie sich zugleich gegen den Alkoholmissbrauch richtet und nach Mitteln und Wegen sucht, die dessen gesellschaftsschädigende Folgen mehr als bisher noch eindämmen.

Doch darüber wird noch mehr zu sagen sein, wenn man erst einmal ernsthaft an die Verwirklichung der Verstädlichung des Alkoholausschanks herangeht. Vorerst sehen wir in solchen ausstehenden Plänen nicht mehr als ein Suchen der Gemeinden nach Mitteln zu einem Ausgleich der ungeheuren Kriegsschulden. Darüber hinaus allerdings auch eine weitere wertvolle Bekräftigung der Tatsache, wie sehr dieser größte und fürchterliche aller Kriege das ganze Wirtschaftsleben in seiner bisherigen Form von Grund auf umgestürzt hat und in seinen Folgen weiter verändern wird. Man wird dadurch wahrscheinlich zur Verstaatlichung und Verstädlichung von noch ganz anderen Einrichtungen gezwungen sein, als der der Schankwirtschaftsbetriebe. Die weitere Entwicklung der Dinge aber drängt damit unaufhaltsam zum — Sozialismus!

Beislaguanahme Metalle wie Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Aluminium, Blei werden von der städtischen Metallstelle immer noch angenommen. Handelt es sich um beiläufige Gegenstände, so wird der dafür von der Metallmobilmachungsstelle vorgeschriebene Preis bezahlt andernfalls der Preis für Altmaterial oder ein durch Vereinbarung erzielter Preis. Für „Einrichtungsgenstände“, wenn sie unter die dafür geltende Verordnung fallen, wird auch jetzt noch, aber nur noch kurze Zeit, die Prämie von 1 M. für 1 Kilogramm bezahlt. Im vaterländischen Interesse liegt es, wenn alles entbehrliche Metall sofort abgeliefert wird. Der Ernst der Lage erfordert, daß von ihnen noch weit mehr abgeben wird als bisher. Wer alle Konferenzen, Messungen und sonstige entbehrliche Geräte besitzt, die wenigstens teilweise aus Messing bestehen, bringe sie mit. Sehr gesucht von der Seeresverwaltung sind Platinstücke; für das Gramm wird 8 M. bezahlt. Man bringe alles entbehrliche Metall der erwähnten Arten zur Metallstelle, und zwar bald; doppelt gibt, wer schnell gibt, des Wert gilt auch hier. Die städtische Anamnente befindet sich Karlsruh. 30; sie ist werktätig geöffnet von 9—12 Uhr und von 12—6 Uhr.

Na. Das Spielen der Kinder mit Bändhölzer hat in den letzten Wochen wiederholt Zimmerbrände im Gefolge gehabt. Wenn auch glücklicherweise größere Schäden dadurch nicht entstanden sind, so muß doch aufs neue die ernstliche Mahnung an alle Eltern und Erzieher gerichtet werden, das Spielen der Kinder mit Streichhölzern mit aller Sorgfalt zu verhindern. Wo eine ständige Beaufsichtigung der Kinder nicht möglich ist, sollten vor allen Dingen alle Feuerzeuge aus dem Bereich der Kinder entfernt werden. Die Erwachsenen, denen die Erziehung von Kindern anvertraut ist, tragen die Verantwortung für den durch solche gefährliche Spielerei entstehenden Schaden.

Haltestellen der Straßenbahn. Mit Wirkung vom 14. d. M. ab wird nach einer Bekanntmachung des Städt. Bahnamtes die Haltestelle Beethovenstraße aufgehoben, dafür die Haltestelle Weberstraße und Frensdorferstraße (Grenadiertor) wieder hergestellt.

Das Waffentragen durch Ausländer ist nach einer soeben erschienenen Verordnung des Generalkommandos des 14. A. R. verboten, ebenso der Verkauf und die sonstige Ueberlassung von Waffen und Munition an Ausländer. Als Waffe gelten auch Stockbögen, Strichfänger, Dolche oder ähnliche feststehende oder feststellbare Stuchwaffen. Ausgenommen von dem Verbot sind nur Aus-

länder oder ausländische Militärpersonen und Beamte die zum Tragen der Waffen berechtigt sind.

Klavierabend — Alice Krieger. Mit berechtigtem Interesse darf man dem am Dienstag, den 15. Januar, halb 8 Uhr, im Musiksaal stattfindenden Klavierabend der einheimischen Pianistin Alice Krieger entgegensehen. Das Programm enthält Werke von Beethoven, Schumann, Brahms und Weber. Die Konzeptionsleitung hat die Hofmusikantenhandlung Fr. Doert, Kaiserstr. 156, übernommen, wofür auch die Eintrittskarten erhältlich sind.

Spende für die Armen. Die Großherzogin Luise hat der Stadt zum Ankauf von Brennmaterialien 1000 M. zur Verfügung gestellt. — Dem Ortsauschuß des Badischen Heimadams wurde von Herrn Konstantin Ludw. H. hier der Betrag von 1000 M. überwiesen.

Neues vom Tage.

Zum Eisenbahnunglück in der Pfalz.

Ludwigshafen, 10. Jan. (W. B.) Zu dem Eisenbahnunglück, das sich, wie gemeldet, in der Nacht zum Dienstag in der Nähe von Kaiserslautern ereignete, wird von amtlicher militärischer Seite mitgeteilt, daß sich die Zahl der Toten inzwischen auf 26 erhöht hat.

Ein neuer Nahrungsmittelfund.

Wilhelmshaven, 9. Jan. Ein großer Nahrungsmittelfund, dessen Träger angehende und wohlhabende Bürger sind, ist hier aufgedeckt worden. Ein Odenburger Blatt ist in der Lage hierüber folgende Einzelheiten zu melden: Auf dem hiesigen Bahnhof traf eine größere Sendung Güter ein. Als Inhalt war angegeben: Alkoholfreie Getränke. Den Bahnbeamten kam die Sendung verdächtig vor. Es wurde ein Gendarm gerufen und in seiner Gegenwart die Sendung untersucht, wobei sich ergab, daß sie aus Weizenmehl bestand. Es ergab sich weiter die Tatsache, daß von Wilhelmshaven aus seit längerer Zeit größere und kleinere Mengen Weizenmehl zum Versand kamen, die dann als Auslandsware zum Preise von 4—5 M. pro Pfund verkauft wurden. Als Schuldige kommen ein Magistratsbeamter und drei Kaufleute in Betracht, denen man allgemein großes Vertrauen entgegenbrachte. Dieses Vertrauen wurde in der schändlichsten Weise mißbraucht. Für die Stadt Wilhelmshaven eintreffende Ladungen Weizenmehl haben sie durch Zufuhr von anderen Stoffen minderwertig gemacht oder verdorben. Größere Mengen führten sie in den Schleißhafen. Bei einem der Schuldigen wurde ein Bankguthaben von mehr als einer Million Mark beschlagnahmt. Mit Ausnahme des Magistratsbeamten sind alle Schuldigen sehr wohlhabend. Der Krieg brachte ihnen reichlichen Gewinn, da sie große Lieferungen an die Marine hatten. Alle stehen bereits in reiferem Mannesalter, haben Familie, darunter Söhne, die als Offiziere im Felde stehen. Die Täter werden sich demnächst vor dem Gericht in Ludwigshafen verantworten haben.

Für 120 000 M. Güter unterschlagen. Auf dem Bahnhof in S. a. m. l. n. unterschlugen zwei Weichensteller und Rangierer große Gütermengen im Werte von 120 000 M. Die Täter wurden verhaftet.

Letzte Nachrichten.

Verrent.

W. London, 10. Jan. (Nicht amtlich.) Das Heiterische Büro meldet amtlich: Das englische Hospitalschiff „Hema“ ist torpediert worden. Es sank am 4. Januar gegen Mitternacht im Bristol-Kanal auf dem Heimwege von Gibraltar. Alle Verwundeten wurden auf Patrouillenschiffen gerettet. Die Verluste betragen 3 Mann der Besatzung. Drei Eskadren wurden vernichtet. Das Schiff fuhr mit allen Lichtern und den durch die Haager Konvention vorgeschriebenen Abzeichen. Es befand sich nicht in dem jogen. Sperrgebiet, wie es in der Erklärung der deutschen Regierung vom 29. Januar 1917 festgelegt worden ist.

(Da die U-Boote, die hierfür in Frage kommen könnten, zurzeit noch in See sind, können sich die zuständigen Stellen, wie wir dazu erfahren, noch nicht abschließend äußern. Es wird aber von unterrichteter Seite für ausgeschlossen gehalten, daß das Schiff durch ein U-Boot torpediert worden ist. Demnach kann nur eine Verrentung durch eine Mine in Frage kommen.)

W. Kopenhagen, 10. Jan. (Nicht amtlich.) Nach Mitteilung des Ministeriums des Neuern wurde der dänische Dampfer „Daguh“ am 6. Januar im Meerbusen von Biscaya verrent. Zwei Matrosen werden vermißt, der Rest der Besatzung ist in Drest gelandet.

Briefkasten der Redaktion.

Landsturmleute des Landsturm-Patrouillen 14/18. Wir bitten um Angabe der Adresse, damit wir brieflich antworten können.

W. Schriftlicher Bescheid ist unterwegs.

Musik. J. Sch. Rumänien. Mit der Eingahlung der 500 M. auf das Sparfassenbuch war die Säumung vollzogen. Das Buch und das Geld war danach Eigentum des Beschenkten und der Vater ist nicht berechtigt, das Geld und Buch wieder an sich zu ziehen. Hat er dies doch getan, so muß er die 500 M. wieder herauszahlen.

Interress. W. Wir werden in der Frage betr. die Sergeantenlöhne nochmals weitere Ausführungen bringen. Es scheint jedoch nach Ihrer Darstellung die Unklarheit in dieser Frage so groß zu sein, daß selbst in den Truppenstellen die Gehälter der Sergeantenlöhne unterschiedlich gehandhabt wird.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Adel; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe (Naturfreunde). Tour ins Alltal fällt aus. 2219

Karlsruhe (Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen). Am Sonntag, den 13. Januar, morgens 10 Uhr, im Saalbau Rühlburg, Badstr. 60, Generalversammlung. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. 2221 Die Ortsverwaltung.

Durlach (Sängerbund Vorwärts). Samstag, 12. Januar, 1918, punkt 8 Uhr abends, Generalversammlung im Lokal zum L. a. m. n. Vollzähliges Erscheinen erwartet. 2228

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
 Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung
 daß unser liebes Kind, unsere gute Schwester
2232
Maria Josefa
 im Alter von 11 Jahren, 4 Monaten und 6 Tagen, nach
 langem schwerem Leiden, verursacht durch den im Jahre
 1915 erfolgten feindlichen Fliegerangriff, gestern mittag
 12 Uhr sanft verschieden ist.
 Die Beerdigung findet Samstag halb 3 Uhr von
 der Friedhofkapelle aus statt.
 Karlsruhe, 11. Januar 1918.
 Die trauernden Hinterbliebenen:
Karl Wernet
 z. B. Unteroffizier in einem Landsturm-Bataillon
 und Frau nebst 2 Kindern.
 Trauerhaus: Müppurstr. 20 H

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Filiale Karlsruhe.
 Achtung Kollegen!
 Sonntag den 13. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr.
 findet in der „Kronenhalle“ unsere jährliche
General-Versammlung
 statt. Tagesordnung:
 1. Mitteilungen der Ortsverwaltung.
 2. Jahres- und Kassenbericht.
 3. Neuwahl der Ortsverwaltung.
 4. Anfragen und Verschiedenes.
 Um gastreichen Besuch eruchtet
Die Ortsverwaltung. 2223

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“.
Einladung
 zu der am Sonntag, den 27. Jan. 1918
 punkt halb 2 Uhr in der „Gambriunshalle“
 Ludwigplatz, stattfindenden
Generalversammlung.
 Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
 2. Beratung der eingelaufenen Anträge.
 3. Neuwahl der Ortsgruppenleitung.
 4. Verschiedenes.
 Wegen Reichhaltigkeit und Wichtigkeit der Tagesordnung er-
 sucht um pünktliches und zahlreiches Erscheinen
Die Ortsgruppenleitung. 2220
 NB. Anträge, die zur Beratung kommen sollen, müssen
 spätestens bis 15. Januar in Händen der Ortsgruppenleitung sein.

Kriegs-Ortsausschuß der Karlsruher Rasensportvereine.
 Sonntag, den 13. Januar 1918,
Gaukriesspiel um die Meisterschaft Kl. B.
F.-B.-Gesellsch. Ettlingen-Konkordia Karlsruhe
 V. f. B.-Platz, nachm. 1/3 Uhr. 2229

Fleischabgabe.

Unserer verehrt. Kundschaft zur gefl. Kennt-
 nisnahme, daß von nun an, erstmals am
11. Januar 1918, unsere Verkaufsstelle in der
Kronenstrasse Nr. 55
 auch **Freitag nachmittags von 2-6 Uhr**
 geöffnet ist. Die Abgabe erfolgt nach alpha-
 betischer Reihenfolge wie bisher, so daß eine
 Woche mit dem Buchstaben **A**, die andere mit
Z beginnt.
 Im Interesse eines geregelten Verkehrs
 bitten wir dringend, die in unseren Schau-
 fenstern ersichtlichen näheren Abholungszeiten
 genau zu beachten.
 Die übrigen Verkaufsstellen bleiben davon
 unberührt. 2222

Gebrüder Heinel.

Haltestellen der Straßenbahn
 Mit Wirkung vom 14. d. M. ab wird auf Linie 8 in der
 Moltkestraße die Haltestelle **Reichshofenstraße** aufgehoben,
 dafür die Haltestelle **Weberstraße** und **Freydorferstraße**
 (**Grenadlerstraße**) wieder hergestellt.
 Karlsruhe, den 9. Januar 1918. 2218
 Städt. Bahnamt.

Städt. Handwagen-Vermietungsstellen
 Gaswerk I, Kaiserallee 11, Fernsprecher 5350, und
 Adlerstraße 35, Fernsprecher Rathaus,
 stehen Handwagen mit Bedienung durch Schüler für die Beför-
 derung von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Obst und dergl. zur Ver-
 fügung.
 Die Miete einschließlich Bedienung beträgt für eine Stunde
 75 S. Sie ist im voraus zu bezahlen.
 Bestellungen sind im Interesse einer geregelten Zuweisung
 der Wagen an die Besteller am Tage vorher oder spätestens am
 Benutzungstage bis vorm. 9 Uhr anzubringen.
 Das Bürgermeisteramt.

Gewerbeschule Karlsruhe.
 Die Wiederaufnahme des Unterrichts in den
 Pflichtklassen und Abendkursen erfolgt am
Montag, den 14. Januar ds. Js.
Die Schulleitung. 2225

Lessingschule u. Fichteschule.
 Wiederbeginn des Unterrichts
Dienstag, den 15. Januar.
 Karlsruhe, den 11. Januar 1918.
Die Direktionen. 2218

Handelschule d. Stadt Karlsruhe
Zirkel 22.
 Von Montag, den 14. Januar ab wird in der
 Pflichtschule, Handelsjahresschule und in den Fach-
 kursen der Unterricht wieder aufgenommen.
 Für die Fachkurse werden noch weitere Anmeldungen
 entgegengenommen.
Das Rektorat. 2231

Einen guten Fang



macht jedermann der seinen Bedarf in
Messer u. Stahl-
waren jeder Art deckt, wo dieselben auch sachmännlich
 geschliffen und repariert werden können. 216
Karl Hummel, Werderstrasse Nr. 13, Telephon 1547.

Badischer Volkskalender
 für das Jahr 1918.
 Preis 50 Pfg., nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto.
 Nur noch geringer Vorrat.
Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24.

Hilfsarbeiter,
 zuverlässiger, der auch geübter Radfahrer ist, wird zu
 sofortigen Eintritt gesucht.
Buchdruckerei des Volksfreund.
 Luisenstrasse 24.
 Wir suchen für unsere Marmeladefabrik zum sofortigen
 Eintritt einige fleißige, kräftige

Frauen oder Mädchen
 nicht unter 18 Jahren. Anmeldungen erbitten wir bei
 unserem Portier.
Gesellschaft Sinner, Karlsruhe-Grünwinkel.

Hausburichen
 in größere Hotels und Restaurants für hier und auswärts
 sofort gesucht. Bewerber mit Zeugnissen wollen sich
 melden beim 2193
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
 Arbeitsamt Rährinaerstr. 100. Fernsprecher 629.

Wir suchen für unsere Nahrungsmittelfabri-
 fleißige, saubere, junge
Mädchen.
 Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.
Gesellschaft Sinner
Grünwinkel. 2138

Es können sofort eintreten: 2208
2 tüchtige Wälzer
2 zuverlässige Bierführer
 bei **U. Prinz, Brauerei, Karlsruhe.**

Wie erhalte ich als Kriegsbeschädigter oder als
 Kriegserwitwe eine
Kapitalabfindung
 an Stelle von Kriegsversorgung?
 (Mit amtlicher Genehmigung.)
 Zweite erweiterte Auflage. 1 Pfg. Porto.
 Preis 70 Pfg., nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto.

Die freie Burg
 von Rob. Grumbach.
 Preis M. 1.50 (nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto).
 Eine Erzählung, die im großen ganzen die Studentenzeit
 des verstorbenen Genossen Dr. Ludwig Frank behandelt. Wir
 können das äußerst interessant verfaßte Werkchen zur Anschaffung
 bestens empfehlen.
Buchhandlung Volksfreund

Städt. Vierordtbad
Versch. Kurbäder
 Halb-, Sitz-, Fuß- und
 Wechselbäder, Duschen,
 Wickel (Packungen) und
 Massagen, Dampf- und
 Heissluftkastenbäder etc.
Damenbadezeit: „Montag
 u. Mittwoch vormitt. 8
 bis 1 Uhr und Freitag
 nachm. 3 bis 8 Uhr.
Herrnbadezeit: „Alle
 übrige Zeit. Samstags
 bis abends 9 1/2 Uhr und
 Sonntags geschlossen.

Schlacht pferde
 und sonstige Tiere, die zur
 menschlichen Nahrung nicht ver-
 wendbar sind, werden stets an-
 gekauft von dem
Städtischen Gartenamt
Karlsruhe.
 Wir suchen zum sofortigen
 Eintritt tüchtige
Modellschreiner
 für dauernde Arbeit. 2227
Maschinenbaugesellschaft
Karlsruhe
Karlsruhe i. B.

Maschinen Schlosser
 und Fräser
 zum sofortigen Eintritt gesucht
Gebrüder Kahn,
Karlsruhe, Durlacherstr. 65.
Quisenstr. 3, 4. Et. rechts, ist
 ein heizbares, möbl. Zimmer
 an soliden Arbeiter sofort oder
 später zu vermieten. 2211

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
 Eheauszüge. Friedrich Reisterer von Zürich, Maler in Stutt-
 gart, mit Anna Lupp von Ettlingen. Hermann Klump von
 Achern, Schriftföhrer hier, mit Elise Engberger von Münden. Wilh.
 Keil von Stuttgart, Schreiner hier, mit Marie Wrods, geb. Seb-
 bert, von Hlonheim. Kaver Müch von Radolzell, Beckmeister
 hier, mit Luise Schuder von Hogsfeld.
 Geburten. Karl Robert, Vater Karl Bischoff, Kaufmann.
 Friedrich, Vater Ludwig Glaser, Möbeltransporteur. Eila Ros-
 aarthe, Vater Karl Euhm, Kaufmann. Bernhard Wilhelm, Vater
 Wilh. Ran, Malermeister. Hans Walter, Vater Peter Engler.
 Steinbauer. Gertraud Emma Luisa, Vater Paul Diefelhorst, Kauf-
 mann. Gertraud Helena, Vater Ferdinand Joseph, Hilfsaufseher.
 Frieda Th., Vater Jos. Schorpp, Gipser. Walf. Karl Rob., Vater
 Karl Reeh, Schriftföhrer. Engelbert, Vater Josef Trübs, Schreiner.
 Maria Johanna, Vater Stefan Heinrich Kupprecht, Hafner. Johann
 Vater Johann Buder, Elektrotechniker. Albert Friedrich, Vater
 Josef Göle, Fabrikarbeiter. Gertraud, Vater Karl Friedrich Lafer-
 ner, Fabrikarbeiter. Walter Friedrich, Vater Friedrich Schama,
 Maler.

Todesfälle. Franziska Schweiß, alt 74 Jahre, Ehefrau von
 Jakob Schweiß, Fabrikarbeiter. Josef Marx, Fabrik-Direktor.
 Wittwer, alt 50 Jahre. Valentin Jüg, Magazinmeister, Ehemann,
 alt 72 Jahre. Grafin v. Sparre-Kronenberg, Wilhelmine, alt 80
 Jahre, Witwe von Erich v. Sparre-Kronenberg, Milneister. Wilhelm
 Eberle, Tagelöhner, Ehemann, alt 51 Jahre. Eugen, alt 5 Monate,
 Vater Karl Göb, Birt. Karoline Emilie Bed, ledig, ohne Veru.,
 alt 26 Jahre. Dora Schäfer, alt 56 Jahre, Ehefrau von Chaim
 Schäfer, Kaufmann. Amalie Garmer, ledig, Diensthote, alt 7
 Jahre. Wilhelm Schmands, Schneider, Ehemann, alt 43 Jahre.
 Helene Weitemann ledig, Fabrikarbeiterin, alt 33 Jahre. Albert
 Heindel, Metzgermeister, Ehemann, alt 65 Jahre. Jakob Gult-
 mann, Kaufmann, Ehemann, alt 46 Jahre. Anna Friedrich, alt
 24 Jahre, Ehefrau von August Friedrich, Lokalbahnkassierer.
 Theresia Vogel, alt 68 Jahre, Ehefrau von Franz Kaver Vogel,
 Maschinenarbeiter.

Bezugs-
 1.10 M.
 Post 1.2

Die
 ralist
 len Sta
 Die
 gegeben
 fischen
 frucht
 variat b
 Bundes
 rechtliche
 Staatens
 stungen
 sie in it
 züglichen
 erachtet,
 Zu diese
 die Sildu
 zu einer
 der uf
 Folge, o
 den Reg
 die Waff
 in die K
 Vertreter
 tion geü
 gemiß d
 Waffenst
 rungen
 Bulgarien
 tariat im
 1. Di
 die Beend
 zwischen
 allgermei
 2. Do
 muß dem
 Volke, in
 tionale S
 3. Nüt
 der Böffe
 4. Ge
 jedwede
 gabe in
 Besöfseru
 5. Ebe
 der arbeit
 gung e n
 6. R I
 ges betrö
 muß aem
 gearbeitet
 werden.
 7. Die
 Territoriu
 rechtlichen
 der der S
 ständig au
 Friedensve
 men könn
 8. Die
 nicht auf
 Volksrepub
 den gegen
 tierende F
 wenn die
 der Ufra
 und unte
 9. Im
 diejenige
 regierung,
 fianlich o
 würde. W
 nicht gebild
 geordnete
 An dem
 terlich festh
 möglichst r
 nen Fri
 suchen. Die
 Das Gener
 Vertretung
 dem es ple